

Mutual Interest Development Cooperation: Entwicklungszusammen- arbeit am beiderseitigen Interesse ausrichten

Tobias Heidland, Moritz Schularick,
Rainer Thiele

Nr. 5, ISSN 2944-0785
Kiel Institut für Weltwirtschaft

Executive Summary	2
Kapitel 1: Warum wir ein neues Modell der Entwicklungszusammenarbeit brauchen	6
Entwicklungszusammenarbeit hat viel erreicht, jedoch kaum strukturelle Transformation	6
Das Kernproblem: Fehlgeleitete Anreize	7
Wenn EZ funktioniert: Passende Anreize und beiderseitiges Interesse	7
Fehlende politische Tragfähigkeit in Geber- und Partnerländern	8
Ein anspruchsvolleres globales Umfeld	9
Bisherige Lösungsansätze	9
Was fehlt und warum wir Mutual Interest Development Cooperation brauchen	10
Kapitel 2: Was Mutual Interest Development Cooperation ist und wie sie funktioniert	11
2.1 Grundlogik: beiderseitiges Interesse als Filter	11
2.2 Grundprinzipien	12
2.3 Der Filter für beiderseitiges Interesse	14
2.4 Ein Menü an Partnerschaftsoptionen	15
2.5 Priorisieren unter Knappheit	18
2.6 Operative Säulen	22
2.7 Finanzierung	22
2.8 Zusätzliche Anreize	25
2.9 Globaler Kontext	25
Kapitel 3: Zusammenfassung der Kernbotschaften	26
References	28

Executive Summary

Wir schlagen Mutual Interest Development Cooperation (MIDC) als neue Blaupause für Entwicklungszusammenarbeit (EZ) vor. Der Ansatz richtet EZ konsequent am beiderseitigen Interesse von Geber- und Partnerländern aus und setzt passende Anreize, um damit politische Legitimität wiederzustellen und die langfristige Wirksamkeit der EZ zu erhöhen. MIDC ist ein übergeordnetes Governance-Modell, kein Instrument „von der Stange“. Es formuliert ein kohärentes Set an Prinzipien und Regeln, die Regierungen und Institutionen in einer Weise anwenden können, die zu ihren institutionellen Strukturen und politischen Kontexten passt. Die Kernelemente dieses Ansatzes sind im Folgenden zusammengefasst.

Hintergrund

- Entwicklungszusammenarbeit wird politisch nur dann dauerhaft tragfähig bleiben, wenn sie sichtbare und glaubwürdige Erträge sowohl für Partnerländer als auch für Geberländer liefert. EZ hat vieles verbessert, ist aber häufig daran gescheitert, strukturelle Transformation und dauerhaftes Wachstum pro Kopf in Empfängerländern zu fördern und zugleich Vorteile für Wählerinnen und Wähler in Geberländern zu erzeugen, die für diese auch erkennbar sind.
- Das Kernproblem früherer Modelle liegt in fehlgeleiteten Anreizen, nicht in zu geringen Ausgaben oder mangelndem Wissen. Vergangene Ansätze haben es kaum geschafft, in großem Maßstab verlässliche Reformanreize für Regierungen zu setzen, und sie waren in Geberländern politisch nur begrenzt durchsetzungsfähig.

Vorschlag

- MIDC führt beiderseitiges Interesse als regelbasiertes Organisationsprinzip der EZ ein. Jedes Programm wird danach bewertet, welchen Entwicklungsbeitrag es für die Bevölkerung des Partnerlandes leistet und welchen greifbaren Nutzen es für Bürgerinnen und Bürger im Geberland stiftet. Ein transparenter Filter für gegenseitiges Interesse entscheidet, welche Partnerschaften förderfähig sind, wie tief Kooperation reichen kann und wie knappe Ressourcen priorisiert werden.
- MIDC ersetzt ad-hoc-Konditionalität durch ein Opt-in-System gestufter Partnerschaften, das an verifizierte Reformleistung geknüpft ist. Partnerregierungen treten freiwillig bei (Opt-in), wenn ihre Reformagenda mit den MIDC-Prinzipien übereinstimmt, und belegen dies durch beobachtbare Signale, etwa durch transparente Regierungsführung. Geber verpflichten sich im Gegenzug zu vorhersehbarer, mehrjähriger Unterstützung, sobald diese Signale verifiziert sind. Auf- und Abstiege zwischen Stufen folgen klaren, angekündigten Regeln und gelten für zukünftige Zusagen.

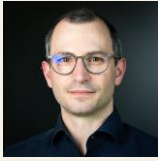
Wie MIDC funktioniert

- Knappe konzessionäre Finanzierung wird nach beiderseitigem Nutzen und marginaler Wirkung in Partnerländern zugeteilt. Reformorientierte Länder in den höchsten Stufen werden priorisiert. Globale öffentliche Güter bleiben stufenübergreifend förderfähig, weil sie selbst bei schwächerer Governance beiderseitigen Nutzen stiften. Grundlegende Investitionen in menschliche Entwicklung, etwa Impfungen im Kindesalter, sind ebenfalls förderfähig: Sie erzeugen häufig hohe langfristige Entwicklungserträge und bringen zugleich indirekte geberseitige Vorteile. Humanitäre Hilfe bleibt strikt von der MIDC-Anreizlogik getrennt, um ein humanitäres Sicherheitsnetz zu garantieren.
- Ein gebündelter Mutual Interest Fund verankert MIDC finanziell und ermöglicht Skalierung. Bündelung hilft gleichgesinnten Gebern, Koordinationsversagen zu überwinden. Gemeinsam sind sie weniger durch regionale oder politische Schwerpunkte einzelner Geber gebunden und können ein breiteres Spektrum reformorientierter Partner unterstützen. Zugleich erleichtert dies verlässliche, mehrjährige Zusagen an Reformkräfte und reduziert die Abhängigkeit von kurzfristigen politischen Zyklen.
- Transparenz ist in MIDC zentral. Öffentliche Begründungen, dokumentierte Vorteile für Geber und Partner sowie ein öffentlich sichtbarer Stufenstatus begrenzen Ermessensspielräume, machen Ausnahmen sichtbar und stärken die Rechenschaftspflicht gegenüber Bürgerinnen und Bürgern, Märkten und anderen Regierungen.

Was MIDC bietet

- MIDC knüpft an bestehende reformorientierte Ansätze wie die Millennium Challenge Accounts und die Compacts with Africa an. Indem es langfristige Reformanreize systematisch stärkt und zugleich geberseitige Vorteile explizit macht, bietet MIDC ein kohärentes, skalierbares und politisch tragfähiges Kooperationsmodell.
- MIDC ist kein neues Ziel der Entwicklungspolitik, sondern eine systematische Antwort auf ihre hartnäckigsten Schwächen. Durch die Verknüpfung von Reformanreizen mit politischer Tragfähigkeit und beiderseitigem Nutzen macht MIDC die EZ wirksamer, besser vermittelbar und robuster in einer zunehmend umkämpften globalen Umgebung.

Autoren



Prof. Dr. Tobias Heidland
Kiel Institut für Weltwirtschaft
tobias.heidland@kielinstitut.de



Prof. Dr. Moritz Schularick
Kiel Institut für Weltwirtschaft
moritz.schularick@kielinstitut.de



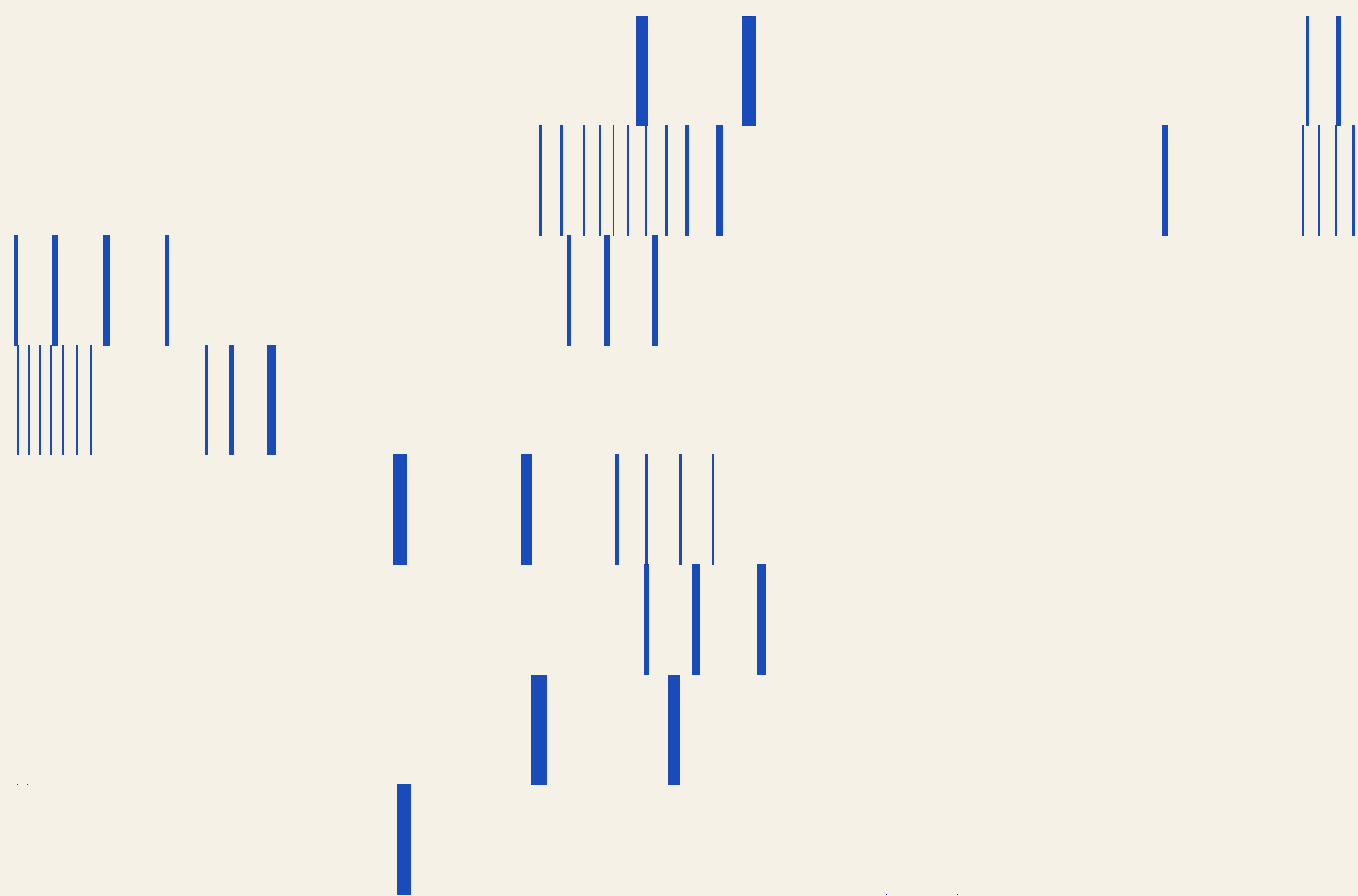
Prof. Dr. Rainer Thiele
Kiel Institut für Weltwirtschaft
Rainer.thiele@kielinstitut.de

Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den Autoren, nicht beim Institut. Etwaige Kommentare sollten direkt an den entsprechenden Autor gerichtet werden.

Dieser Bericht basiert auf einer von der Gates Foundation finanzierten Studie. Die darin enthaltenen Ergebnisse und Schlussfolgerungen sind diejenigen der Autoren und spiegeln nicht unbedingt die Positionen oder Richtlinien der Gates Foundation wider.

Mutual Interest Development Cooperation: Entwicklungs- zusammenarbeit am beiderseitigen Interesse ausrichten

Tobias Heidland, Moritz Schularick, Rainer Thiele



Kapitel 1: Warum wir ein neues Modell der Entwicklungszusammenarbeit brauchen

Entwicklungszusammenarbeit hat viel erreicht, jedoch kaum strukturelle Transformation

Entwicklungszusammenarbeit hat stets die Prioritäten der globalen Politik widergespiegelt. Während des Kalten Krieges diente sie vor allem der Sicherung von Verbündeten. In den 1980er- und 1990er-Jahren wurde sie zu einem Instrument der Strukturanpassung und knüpfte Unterstützung an Marktreformen und fiskalische Disziplin. Ab den 2000er-Jahren verschob sich die EZ hin zu einem altruistischeren Ansatz und setzte einen stärkeren Fokus darauf, Verbesserungen der menschlichen Entwicklung wirksamer zu erreichen, insbesondere die Verringerung der Armut, transparent und messbar gemacht durch die Millennium Development Goals (MDGs).

Die Erfolge früherer EZ sollten nicht klein geredet werden. Indikatoren der menschlichen Entwicklung haben sich in vielen Bereichen deutlich verbessert. Eine weithin für wertvoll erachtete Errungenschaft ist die erhebliche Reduzierung der Müttersterblichkeit, die seit 1990 weltweit um etwa ein Drittel und in Afrika, ausgehend von deutlich höheren Ausgangswerten, sogar um mehr als die Hälfte gesunken ist. Der Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen wie Grundschulbildung hat sich ebenfalls spürbar verbessert (UNESCO 2024). Diese Fortschritte zeigen, dass EZ wirksam sein kann, wenn es darum geht, zentrale Zielgrößen zu verbessern.

Gleichzeitig haben sich diese Erfolge häufig nicht in einer strukturellen Transformation niedergeschlagen. Aktuelle Trends in der Ernährungssicherheit verdeutlichen die Fragilität des Fortschritts. In Subsahara-Afrika stieg der Anteil unterernährter Menschen zwischen 2013 und 2023 von 17,8 Prozent auf 23,2 Prozent (FAO et al. 2024). Durch Bevölkerungswachstum entspricht dies zusätzlich 146 Millionen unterernährten Menschen, überwiegend in Ländern, die große EZ-Zahlungen erhielten, aber kein dauerhaftes Wachstum pro Kopf erreichten.

Dieses Muster ist in der akademischen und politischen Literatur weithin anerkannt. Hunderte Studien konvergieren zu dem Befund, dass EZ zwar spezifische Indikatoren wie Gesundheit und Bildung verbessert, aber selten das Produktivitätswachstum, die Diversifizierung der Volkswirtschaften und den institutionellen Wandel auslöst, die für dauerhaften Wohlstand erforderlich sind (Burnside und Dollar 2000; Rajan und Subramanian 2008). Jüngere Arbeiten legen zudem nahe, dass die Ausrichtung der EZ selbst zu dieser Schwäche beigetragen hat, indem sie systematisch kurzfristige Ziele gegenüber der Verbesserung der langfristigen Grundlagen für Wachstum bevorzugte (Wantchekon 2026). Die Kernfrage ist daher nicht, ob Entwicklungshilfe wirken kann,

sondern ob sie die grundlegendere Transformation unterstützen kann, die Ländern hilft, aus der EZ herauszuwachsen.

Das Kernproblem: Fehlgeleitete Anreize

Die begrenzte transformative Wirkung von EZ hängt eng damit zusammen, dass die Anreize von Geberländern und Partnerländern oft nicht zusammenpassen. In weiten Teilen der 1980er- und 1990er-Jahre setzten Geberländer stark auf Konditionalität und knüpften Auszahlungen an Reformen in Fiskalpolitik, Handel oder Regulierungen. In der Theorie sollte Konditionalität Reformen auslösen, indem Geberländer die Einhaltung über konditionierte Tranchen durchsetzen. In der Praxis führte sie jedoch häufig zu formalen Zusagen, die nur begrenzt umgesetzt wurden. Politische Restriktionen in Partnerländern, verbunden mit schwacher Durchsetzung durch Geberländer und konkurrierenden Prioritäten, machten Reformen teuer. Gleichzeitig hielten Geberländer den Druck oft nicht aufrecht, wenn Reformen stockten oder politisch schwer durchsetzbar wurden (Dercon 2022, 2025).

Als das Vertrauen in Konditionalität schwand, wandten sich Geberländer zunehmend unbedingten oder nur schwach konditionierten Transfers zu. Diese Ansätze reduzierten Konflikte und verbesserten die kurzfristige Umsetzung, schwächten aber ebenfalls Reformanreize. Mittel flossen, ohne dass damit verlässlich inländische Rechenschaft oder politisch schwierige Reformen gestärkt wurden. In keinem der beiden Fälle gelang es der EZ zuverlässig, die Anreize auf beiden Seiten der Beziehung aufeinander abzustimmen.

Auch der Versuch, die Wirksamkeit durch besseres Design und Monitoring auf Projektebene zu erhöhen, löste das Problem nicht. Im Gegenteil, indem jeweils ein Programm nach dem anderen verbessert wurde, wurde das System immer stärker fragmentiert. Es entstanden Tausende kleiner, siloartiger Projekte, jeweils mit eigenen Zielen und Berichtspflichten, häufig abgekoppelt von übergeordneten nationalen Reformagenden. Das Ergebnis ist ein administrativ sehr aktives, zugleich aber brüchiges System.

Wenn EZ funktioniert: Passende Anreize und beiderseitiges Interesse

Die historische Erfahrung zeigt, dass EZ zu dauerhafter Transformation beitragen kann, wenn die Anreize auf beiden Seiten zusammenpassen. Südkorea nach dem Koreakrieg bietet ein eindrucksvolles Beispiel. In den frühen 1950er-Jahren schwer verwüstet, verband sich in Südkorea langfristige externe Unterstützung, zunächst vor allem aus den Vereinigten Staaten, später über multilaterale Kanäle, mit inländischen Reformen, Exportorientierung und Institutionenaufbau. Über zwei Jahrzehnte finanzierte EZ den Wiederaufbau sowie Investitionen in Humankapital und Infrastruktur, die eine rasche Industrialisierung ermöglichten.

Entscheidend war, dass diese Unterstützung in eine strategische Beziehung eingebettet war, die auf beiderseitigem Interesse beruhte. Für Südkorea ergänzte externe Finanzierung die inländischen Reformanreize und stützte eine langfristige Entwicklungsstrategie. Für die Geberländer trug die Unterstützung dazu bei, einen stabilen wirtschaftlichen Partner und geopolitischen Verbündeten entstehen zu lassen. Das Ergebnis war nicht nur ein dramatischer Anstieg des Lebensstandards in Südkorea, sondern es ergaben sich auch dauerhafte politische und wirtschaftliche Bindungen. Auch wenn Südkoreas Entwicklung teilweise kontextabhängig war, illustriert sie ein allgemeines Prinzip: Wenn inländische Reformanreize durch externe Finanzierung verstärkt werden und dies Teil einer breiteren Beziehung mit beiderseitigem Nutzen ist, kann EZ dauerhafte wirtschaftliche und politische Vorteile für beide Seiten erzeugen.

Erfahrungen wie die Südkoreas bleiben jedoch selten. Wo die Anreize nicht zusammenpassen und der beiderseitige Nutzen nicht sichtbar wird, gerät EZ politisch zunehmend unter Druck.

Fehlende politische Tragfähigkeit in Geber- und Partnerländern

Die Anreizprobleme und die ausbleibende transformative Wirkung traditioneller EZ-Modelle haben die EZ politisch verwundbar gemacht. Große Teile der Öffentlichkeit in den Geberländern stellen die Verwendung von Mitteln für EZ in Frage, weil sie eine fehlende nachhaltige Wirkung wahrnehmen.

Umfragedaten unterstreichen diese Erosion des Vertrauens. Daten des Development Engagement Lab zeigen in großen Geberländern anhaltend niedrige Einschätzungen zur Wirksamkeit von EZ. Mitte 2025 halten nur 19 Prozent der Befragten in Großbritannien, 22 Prozent in Frankreich und jeweils etwa ein Drittel in Deutschland und den Vereinigten Staaten EZ für wirksam oder sehr wirksam. In Deutschland glauben nur 16 Prozent, dass deutsche EZ dort ankommt, wo sie gebraucht wird (Development Engagement Lab 2025). Zugleich haben sich breitere innenpolitische Spannungen verschärft. In Zeiten wirtschaftlicher Stagnation und gesteigerter Sicherheitsbedarfe in den meisten Geberländern möchten große Teile der Wählerschaft Ausgaben auf inländische Prioritäten konzentrieren (Bruder et al. 2024). Die Unterstützung dafür, die Höhe bestehender EZ-Budgets beizubehalten oder sie gar zu erhöhen, ist in allen vier Ländern deutlich gesunken. In Frankreich und Deutschland, wo die Unterstützung bis 2022 über 65 Prozent lag, fiel sie 2025 auf 56 Prozent beziehungsweise 53 Prozent (Development Engagement Lab 2025).

Kritik beschränkt sich nicht auf Geberländer; auch die Öffentlichkeit in Partnerländern blickt kritisch auf die EZ. Zwar werden die Vorteile anerkannt, die EZ haben kann, insgesamt ist die Sicht auf EZ in Partnerländern jedoch gemischt. Im Kern wird das aktuelle System weiterhin als strukturell asymmetrisch wahrgenommen: Geberländer finanzieren und setzen Prioritäten, Empfänger setzen

um. Das begrenzt die Ownership, kann Anreize für nachhaltige Reformen schwächen und unterminiert die Dauerhaftigkeit der Kooperation. Weitere bedeutende Kritikpunkte, die in Partnerländern häufig genannt werden, sind das Risiko der Förderung von Korruption sowie wahrgenommene Intransparenz. In einem Survey-Experiment zu öffentlichen Einstellungen gegenüber der EZ in sieben Entwicklungsländern zeigen Kim et al. (2025), dass Menschen eine starke Präferenz für demokratische und transparente Geber haben.

In diesem Umfeld wird EZ in vielen Ländern entweder als karitative Transferleistung oder als Form elitärer Diplomatie wahrgenommen, die gewöhnlichen Menschen nicht zugutekommt. Beides bietet keine politisch tragfähige Grundlage für die Zukunft der EZ. Ohne nachweisbaren und sichtbaren beiderseitigen Nutzen, der bei inländischen Wählergruppen Resonanz findet, ist EZ sehr anfällig für Kürzungen und politische Kurswechsel, insbesondere in Krisenzeiten.

Ein anspruchsvolleres globales Umfeld

Diese innenpolitischen Belastungen fallen zusammen mit einem deutlich schwierigeren internationalen Umfeld. Der nach dem Kalten Krieg entstandene Konsens rund um die Millennium Development Goals (MDGs) und die Sustainable Development Goals (SDGs) besteht nicht mehr länger. Multilaterale Institutionen, die Kooperation einst strukturierten, sind blockiert. Die Vereinigten Staaten haben sich aus ihrer Führungsrolle zurückgezogen. China hat seinen Einfluss durch großvolumige Finanzierung von Infrastruktur ausgebaut und bietet ein alternatives Modell, das deutlich stärker am Eigeninteresse ausgerichtet ist und zugleich jene wirtschaftsbezogenen Investitionen bereitstellt, die Partnerländer suchen. Regionale Mächte wie die Golfstaaten setzen EZ und Investitionen ein, um wirtschaftliche Diversifizierung und geopolitische Ambitionen zu verfolgen.

Gleichzeitig haben sich langfristige globale Herausforderungen wie Klimawandel, Pandemierisiken und Vertreibung verschärft. Zusammengenommen erhöhen diese Faktoren nicht nur die Komplexität, sie erhöhen auch die Anforderungen an politische Tragfähigkeit. In einer Welt konkurrierender Angebote und begrenzter Budgets muss EZ glaubwürdig, anreizkompatibel und widerstandsfähig sein, wenn sie Bestand haben soll.

Bisherige Lösungsansätze

In Anerkennung der Grenzen von Konditionalität sind einige Geberländer bereits zu stärker anreizkompatiblen Ansätzen übergegangen. Statt Reformen durch ex ante formulierte Politikaufgaben erzwingen zu wollen, lenken diese Initiativen die Unterstützung auf Regierungen, die Reformbereitschaft zeigen. Das spiegelt eine Erkenntnis wider, die prominent im Bericht "Assessing Aid" der Weltbank (Dollar und Pritchett 1998) und in verwandten akademischen Studien (z. B. Burnside und Dollar 2000) formuliert wurde: EZ ist tendenziell wirksamer in Ländern mit stabiler

makroökonomischer Politik, institutionellem Reformmoment und dem politischen Commitment regierender Eliten, das von Dercon (2022) als „development bargain“ bezeichnet wurde.

Diese Logik steht hinter selektiveren Modellen, die in jüngerer Zeit entstanden sind. Die U.S. Millennium Challenge Corporation schuf ein formales Eintrittssystem auf Basis von Indikatoren für Governance und Politik-Performance. Die G20 Compact with Africa zielen darauf ab, Investitionsunterstützung an nationalen Reformagenden auszurichten. Deutschland hat begonnen, bilaterale Reformpartnerschaften zu schließen, die zusätzliche Mittel an Verbesserungen in der Klima- oder Fiskalpolitik knüpfen. Diese Ansätze teilten eine Kernidee: EZ sollte Reformen verstärken und Anreize setzen, damit weitere Länder solche Reformen angehen.

Doch diese Selektivität blieb partiell und inkonsistent. Geberländer wenden unterschiedliche Kriterien an, teils mit begrenzter Transparenz. Die Koordination zwischen Gebern ist schwach, während Schutzmechanismen gegen politische Rückschritte und Ausstiegsmechanismen unterentwickelt sind. Vor allem bleiben selektive Ansätze Nischen innerhalb eines breiteren Systems, das weiterhin von traditionellen Modalitäten dominiert wird. Entsprechend sind ihre Anreizwirkungen bislang begrenzt.

Was fehlt und warum wir Mutual Interest Development Cooperation brauchen

Es fehlt bislang ein System, das die Anreize auf beiden Seiten der EZ konsequent zusammenbringt. Partnerregierungen benötigen Unterstützung, die ihre Reformprioritäten trägt und über politische Zyklen hinweg Planbarkeit bietet. Geberregierungen benötigen eine Strategie und Evidenz für Erträge, die sie Parlamenten, Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern und der breiten Öffentlichkeit glaubwürdig erklären können.

Diese Erträge müssen nicht einheitlich sein. Für Partnerländer umfassen sie Einnahmegewinne, institutionelle Konsolidierung und Resilienz. Für Geberländer können sie in Form wirtschaftlicher Chancen, geopolitischer oder sicherheits- und stabilitätsbezogener Vorteile sowie geringerer Spillover-Risiken auftreten. Der Mutual Interest ODA-Rahmen, entwickelt von Heidland, Schularick und Thiele (2025), formalisiert diese Einsicht, indem er Beziehungen der EZ nach Nutzen für Empfänger und Geber klassifiziert und identifiziert, wo Interessen am stärksten überlappen.

Mutual Interest Development Cooperation (MIDC) baut direkt darauf auf. MIDC macht beiderseitiges Interesse zum Organisationsprinzip, das Zuteilung von Ressourcen und Umsetzung leitet. Indem MIDC seine Unterstützung an verifizierter Reformorientierung ausrichtet und Kooperation in einen Rahmen mit beiderseitigem Nutzen einbettet, zielt es darauf ab, Entwicklungswirkungen zu maximieren und zugleich breite politische Unterstützung in Geberländern zu erhalten. Damit führt MIDC kein neues Ziel für Entwicklungszusammenarbeit ein. Es bietet vielmehr eine

systematische Antwort auf Anreiz- und Legitimitätsdefizite, die nicht länger zu ignorieren sind.

Kapitel 2: Was Mutual Interest Development Cooperation ist und wie sie funktioniert

Systeme der Entwicklungszusammenarbeit unterscheiden sich zwischen Geberländern stark. Der nachfolgende Ansatz ist daher kein vollständiger operativer Bauplan. Wir schlagen vielmehr ein übergeordnetes Governance-Modell und ein Set an Prinzipien vor, die Länder und Institutionen so anwenden können, dass es zu ihren institutionellen Strukturen und politischen Kontexten passt. Ziel ist ein kohärenter Rahmen, der Reformdiskussionen und Entscheidungen leitet.

2.1 Grundlogik: beiderseitiges Interesse als Filter

Mutual Interest Development Cooperation (MIDC) basiert auf einem einfachen Grundsatz: Kooperation bleibt politisch nur stabil, wenn sie sichtbare und verifizierbare Gewinne für Geber- und Partnerländer schafft.

Drei Probleme haben verhindert, dass traditionelle EZ diese Stabilität erreicht. Erstens fehlt häufig die strukturelle Transformation und das Herauswachsen von Ländern aus der Abhängigkeit. Zwar haben Jahrzehnte der Kooperation den Lebensstandard verbessert, aber nur wenige Länder erzielten das anhaltende Produktivitätswachstum, die Diversifizierung der Wirtschaft und die institutionellen Fähigkeiten, die dauerhaften Wohlstand ermöglichen. Evidenz aus vielen Studien (z. B. Rajan und Subramanian 2008) zeigt, dass langfristiges Wachstum weniger mit dem Umfang der EZ-Zuflüsse zusammenhängt als mit der Konsistenz inländischer Reformen und der Glaubwürdigkeit der Politik. Jüngere Arbeiten betonen zudem, dass die Ausrichtung der EZ selbst zu diesem fehlenden Langfristerfolg beigetragen haben könnte, weil sie zu wenig in Hochschulbildung, Innovationssysteme und Forschung in Partnerländern investierte und kurzfristige Ziele gegenüber den Grundlagen von Produktivitätswachstum bevorzugte (Wantchekon 2025).

Zweitens passen die Anreize oft nicht zusammen. Klassische Konditionalität verlangte Reformen der Partnerregierungen vor Auszahlung von Geldern, doch die Geber unterbrachen oft ihr Engagement, sobald Reformen politisch kostspielig wurden und sich verzögerten. Umgekehrt stellten Zahlungen, die nicht an Bedingungen geknüpft waren, Ressourcen bereit, ohne Reformanreize zu stärken (vgl. Dercon 2022, 2025). MIDC ersetzt beide Ansätze durch Opt-in-Reziprozität: Regierungen, die Reformen nachweislich umsetzen, erhalten Zugang zu vertiefter Kooperation gemäß klaren Regeln. Somit werden die Anreize für Reformen gestärkt und knappe EZ-Mittel auf jene

Länder fokussiert, die entwicklungsorientiert sind und wo die EZ-Mittel die größte Wirkung entfalten können.

Drittens besteht ein Legitimitätsproblem. In vielen Geberländern wird EZ entweder als moralische Wohltätigkeit oder als politische Gefälligkeit gegenüber Eliten im Partnerland wahrgenommen. Beide Narrative schwächen das öffentliche Mandat für internationale Zusammenarbeit. Für dauerhafte, breite Unterstützung müssen Geberregierungen greifbare inländische Erträge nachweisen können, die Wählerinnen und Wähler erkennen. Ohne solche Vorteile kann die fiskalische und politische Unterstützung für EZ in Krisenzeiten schnell erodieren, trotz breiter Zustimmung zu einzelnen Zielen wie der Verringerung der Kindersterblichkeit.

MIDC adressiert diese Probleme, indem es beiderseitiges Interesse als Filter für Kooperation nutzt. Jede Zusammenarbeit muss realen Entwicklungsnutzen für das Partnerland und greifbare Erträge für das Geberland liefern. Damit wird EZ von einem diskretionären Transfer zu einer regelbasierten Investitionspartnerschaft. Reziprozität ersetzt Konditionalität, Vorhersehbarkeit ersetzt Ermessen, und geteilte Ergebnisse ersetzen einseitige Zielsetzungen. Indem MIDC die Kooperation in messbaren gemeinsamen Vorteilen und Interessen verankert, verbindet es politischen Realismus mit entwicklungsbezogenem Zweck und stellt Glaubwürdigkeit in einem Feld wieder her, das beides, Momentum und Vertrauen, verloren hat.

Das ist ein Bruch mit früheren Modellen, die zwischen zwei Polen pendelten. Die bedarfsorientierte EZ der 2000er Jahre erzielte klare Erträge für die Bevölkerung in Partnerländern, etwa in Gesundheit, Bildung und Armutsreduktion, lieferte aber selten die strukturelle Transformation, die nötig ist, damit Länder der EZ entwachsen können. Politisch motivierte, aber nicht am Entwicklungserfolg ausgerichtete, Kooperation sicherte hingegen häufig temporäre Allianzen (Bau und Dietrich 2025), teils jedoch auf Kosten von Entwicklungserträgen. Ähnliches gilt für eigeninteressierte, wirtschaftlich motivierte Formen der EZ.

2.2 Grundprinzipien

MIDC macht die strukturelle Transformation zum expliziten langfristigen Ziel der EZ, unterstützt zugleich die menschliche Entwicklung und stellt bei Bedarf humanitäre Unterstützung sicher. Diese Elemente ergänzen sich gegenseitig: Sie schützen Leben, halten Fortschritt aufrecht und schaffen die Grundlagen für Transformation. MIDC verankert daher alle drei Zwecke in seiner Logik, auch wenn Instrumente und Umfang je nach Partnerschaftsstufe variieren.

Da EZ zu großen Teilen konzessionär und zweckgebunden ist, darf geberseitiges Eigeninteresse den Entwicklungswert nicht überlagern. Wo Geberziele, etwa strategische, kommerzielle oder migrationsbezogene Ziele, strukturell mit Entwicklungszwecken kollidieren, sollte nicht auf die EZ, sondern auf andere außen-, handels- oder sicherheitspolitische Instrumente zurückgegriffen werden. Entwicklungszusammenarbeit, die lokale Bedarfe nicht adressiert, wird auch kaum dauerhaften beiderseitigen

Nutzen erzeugen. Erst wenn sie die Wirtschaft und Institutionen sowie die Resilienz im Partnerland stärkt, entstehen dauerhafte direkte und indirekte Vorteile für Geberländer (Heidland et al. 2025). Da konzessionäre Finanzierung nicht dem Prinzip der Reziprozität unterliegt, sondern zweckgebunden ist, bleibt sie politisch angreifbar, wenn Bürgerinnen und Bürger sie als ineffektiv, nicht zielorientiert oder interessengeleitet wahrnehmen. Rein geostrategische oder elitenzentrierte Verwendungen von EZ schwächen tendenziell Vertrauen und Soft Power statt sie zu stärken. Ein glaubwürdiges Modell muss daher zwei Anforderungen erfüllen: sie muss substanzielle Entwicklungsgewinne für Partnerbevölkerungen bringen gleichzeitig in den Geberländern der Öffentlichkeit vermittelt werden können.

Mutual Interest Development Cooperation beruht auf drei ineinandergreifenden Prinzipien: dem Filter für beiderseitiges Interesse, dem transformativen Zweck und Opt-in-Reziprozität. Gemeinsam heben diese Prinzipien MIDC von früheren Paradigmen ab, die entweder bedarfsorientiert zuteilten oder auf Konditionalität ohne glaubwürdige Selbstbindung setzten.

Der Filter für beiderseitiges Interesse stellt sicher, dass Kooperation messbare Vorteile für beide Seiten erzeugt. Jedes Programm wird danach bewertet, welchen Entwicklungswert es für die Bevölkerung des Partnerlandes hat und welchen greifbaren Nutzen es für Bürgerinnen und Bürger im Geberland stiftet. Der Entwicklungswert umfasst Verbesserungen bei menschlicher Entwicklung, Einkommen, institutioneller Stärke oder Resilienz. Zu den Erträgen für Geberländer gehören stärkere wirtschaftliche Verflechtungen, diplomatische oder geopolitische Vorteile sowie mehr Stabilität und Sicherheit (vgl. Heidland et al. 2025). Programme mit hohem beiderseitigem Nutzen werden priorisiert, Programme mit schwachem oder einseitigem Nutzen werden überarbeitet oder beendet. Der Filter operationalisiert die politökonomische Einsicht, dass für nachhaltige Kooperation sichtbare Legitimität in Geber- und Partnerländern notwendig ist.

Gemäß dem Prinzip des transformativen Zwecks ist EZ so einzusetzen, dass Produktivitätswachstum, stärkere Institutionen und Resilienz gegenüber Schocks wie Klimawandel, Pandemien oder Vertreibung gefördert werden, sodass Länder über die Zeit der EZ entwachsen können. Ziel ist nicht dauerhafte Unterstützung oder isolierte sektorale Gewinne, sondern Reformländer so zu stärken, dass strukturelle Transformation externe Unterstützung langfristig überflüssig macht. In dieser Logik ergänzt EZ inländische Reformen, sie ersetzt sie nicht. Der Endpunkt ist Selbstständigkeit: Länder werden stabile wirtschaftliche und politische Partner statt immer wiederkehrender Empfänger von Hilfe. Entsprechend ist Unabhängigkeit von EZ ein klares Erfolgskriterium. Gleichzeitig liegen viele Partnerländer weit unter den notwendigen Voraussetzungen für erfolgreiche strukturelle Transformation, qualifizieren sich aber dennoch für humanitäre Unterstützung oder für Investitionen in Bildung, Gesundheit und Ernährung, die menschliche Entwicklung fördern.

Opt-in-Reziprozität schließlich ersetzt klassische Konditionalität durch ein dauerhaftes Angebot gestufter Partnerschaften. Partnerregierungen entscheiden sich für den

Beitritt, wenn ihre Reformpfade mit MIDC-Prinzipien übereinstimmen, und belegen dies durch beobachtbare Signale wie fiskalische Disziplin, transparente Regierungsführung oder Reformen des Investitionsklimas (vgl. Dercon 2025). Die Geberländer verpflichten sich im Gegenzug zu vorhersehbarer, mehrjähriger Unterstützung, sobald diese Signale verifiziert sind. Wo diese Voraussetzungen fehlen, bleibt Kooperation bewusst begrenzt, teilweise auch über Kanäle, die die Zentralregierung umgehen. Dieser Ansatz leitet begrenzte Mittel in die vielversprechenden Partnerländer und bietet gleichzeitig einen Anreiz für andere Länder, sich für reformorientierte Partnerschaften zu qualifizieren. Dadurch ergibt sich eine transparente Strategie, die die Regierungen der Geberländer ihren Bürgern leicht erklären können. Der opt-in-Charakter des Ansatzes ersetzt die klassische Konditionalität durch eine erworbene Partnerschaft.

2.3 Der Filter für beiderseitiges Interesse

Den Kern von MIDC bildet der Filter für beiderseitiges Interesse. Kooperationen kommen nur dann zustande, wenn sie substanziellen Nutzen sowohl für Partnerländer als auch für Geberländer stiften. Das Konzept baut auf dem Mutual Interest ODA-Rahmen von Heidland et al. (2025) auf, in dem EZ anhand von drei Dimensionen klassifiziert wird: Bereich (ökonomisch, geopolitisch, sicherheitsbezogen), Fristigkeit (kurz- oder langfristig) und Direktheit (direkt oder indirekt). Geberseitige Nutzen können in drei Bereiche fallen:

- **ökonomisch:** mehr Handel und zukünftige Investitionsmöglichkeiten (z.B. Aid-for-trade-Programme, die Exportmärkte erschließen und gleichzeitig industrielles Upgrading im Partnerland ermöglichen);
- **Sicherheit und Stabilität:** Verringerung von Fragilität und Spillover-Risiken (z.B. Stabilisierungsprogramme nach Beendigung von Konflikten, die Vertreibung und transnationale Bedrohungen verringern können);
- **Globale öffentliche Güter und Soft Power:** Pandemievorsorge, Klimaschutz, effektive Hilfsprogramme, die die Legitimität der Geber erhöhen (z.B. Impfinfrastruktur mit hohen Nutzen-Kosten-Relationen für beide Seiten)

Diese Struktur stellt sicher, dass globale öffentliche Güter nicht verdrängt werden. Wo grenzüberschreitende Vorteile groß und verifizierbar sind, etwa bei Pandemiekontrolle oder Klimaschutz, bestehen Programme den Filter auch dort, wo die inländische Regierungsführung schwach ist.

Beiderseitiges Interesse bedeutet nicht, dass alle Geberländer Vorteile gleich gewichten. Geberländer unterscheiden sich darin, wie stark sie inländische Vorteile relativ zum Entwicklungswert im Partnerland priorisieren. MIDC trägt dieser Heterogenität Rechnung: Es wird verlangt, dass beide Arten von Vorteilen für jedes Programm vorhanden und messbar sind, es sind aber Variationen in der Gewichtung möglich, die Zuteilungsentscheidungen, sektoralen Prioritäten und politischen Begründungen im Inland zugrunde liegt. Diese Flexibilität macht den Filter für beiderseitiges Interesse

breit anwendbar, ohne die entwicklungsbezogene Integrität der Kooperation zu unterminieren.

Der Filter dient als Zugangskriterium und als Ranking-Instrument. Programme müssen beiderseitigen Nutzen nachweisen und werden ex ante nach der Höhe dieses gemeinsamen Nutzens gerankt. Projekte unterhalb eines Schwellenwerts werden überarbeitet oder nicht durchgeführt. Dadurch wird das Konzept des beiderseitigen Nutzens in eine Allokationsregel überführt, die verhindert, dass politisch genehme aber wenig wirksame Projekte solche mit Reformorientierung und hohem beiderseitigem Nutzen verdrängen.

Damit der Filter glaubwürdig ist, muss in jedem vorgeschlagenen Programm der Nutzen für beide Seiten explizit gemacht werden. Erwartete geberseitige Vorteile und die sie stützende Evidenz sollten ex ante dokumentiert und während der Umsetzung aktualisiert werden. Mindestens umfasst dies eine qualitative Ergänzung der Theory of Change, die nun auch das Geberland einbezieht. Wo möglich, stützt sie sich auf robuste quantitative Evidenz und ermöglicht klare Schwellenwerte. Eine verpflichtende Dokumentation der Nutzen für Geber- und Partnerländer macht Ausnahmen vom Prinzip des beiderseitigen Nutzens sichtbar. Damit wird auch dem DAC-Prinzip gegenseitiger Rechenschaft Rechnung getragen, indem die Beweggründe beider Seiten transparent werden und die Kooperation anhand der erklärten Ziele gemeinsam bewertet werden kann.

2.4 Ein Menü an Partnerschaftsoptionen

Ein gestuftes Partnerschaftsmenü übersetzt das Prinzip gegenseitigen Interesses in einen strukturierten und vorhersehbaren Rahmen, der die Tiefe der Kooperation an Reformorientierung und beiderseitigen Nutzen koppelt. Es verbindet die von Heidland et al. (2025) vorgeschlagenen analytischen Grundlagen mit dem politökonomischen Ansatz von Dercon (2025), nach dem EZ dann wirksam ist, wenn sie Anreize passend setzt, Reformkräfte belohnt und Abhängigkeit nicht verfestigt. MIDC übersetzt etablierte Praktiken der Selektivität - etwa Performance-basierte Zuteilung in der International Development Association (IDA) oder Förderkriterien für EU-Budgethilfe - in einen einheitlichen, geteilten Rahmen, den alle Geber konsistent anwenden können.

MIDC definiert vier Partnerschaftsstufen, die Reformorientierung und institutionelle Kapazität abbilden. Das System schützt zugleich Investitionen in globale öffentliche Güter, die stufenübergreifend förderfähig bleiben. Wechsel zwischen Stufen folgen einem vorhersehbaren Pfad: Reformorientierte Partnerländer steigen über verifizierte Performance auf, Rückschritte führen zu transparenten Anpassungen in die entgegengesetzte Richtung.

Die erste Stufe, **Comprehensive Reform Partnerships**, steht Ländern offen, deren Regierungen Bereitschaft zu einem "development bargain" gezeigt haben. Dazu zählen glaubwürdiges Fiskalmanagement, stabile makroökonomische Politik, transparente Budgetierung und institutionelle Reformen, die Rechenschaft und Investitionen

stärken. Kooperation beinhaltet hier eine langfristige, häufig durch mehrere Geber finanzierte Rahmendezusage, typischerweise über mindestens zehn Jahre. Es werden Zuschüsse, konzessionäre Finanzierung und Risikoteilungsinstrumente kombiniert. Der beiderseitige Nutzen einer solchen Kooperation ist erheblich. Reformorientierte Regierungen erhalten Unterstützung, die über politische Zyklen hinweg planbar ist. Für Geberländer sind stärkere Partner, wachsende Märkte und geringere Risiken negativer Spillovers zu erwarten.

Die zweite Stufe, **Targeted Reform Partnerships**, richtet sich an Länder, die sich in frühen Phasen glaubwürdiger Reform befinden. Reformanstrengungen sind sichtbar, aber noch nicht breit verankert. In diesem Fall ist Kooperation stärker fokussiert, operiert über kürzere Zeithorizonte und wird stärker durch den Filter für beiderseitiges Interesse gesteuert. Vertiefen und verbreitern sich Reformen, ist ein Aufstieg in die höchste Stufe möglich. Lässt das Momentum nach, passt sich Kooperation nach klaren Regeln entsprechend an. Ziel ist, entstehende Reformpfade zu verstärken, ohne bereits eine Konsolidierung der Reformen zu unterstellen, die noch nicht erreicht ist.

Die dritte Stufe, **Limited Engagement Contexts**, ist für ein Umfeld gedacht, in denen Regierungen wenig Reformbereitschaft zeigen, Kooperation aber gerechtfertigt bleibt, um gemeinsame Risiken zu adressieren oder wichtige Entwicklungsziele zu erreichen. Das Engagement beschränkt sich auf eng definierte, hochrentable Bereiche wie Gesundheitsüberwachung und Impfkampagnen. Damit wird vermieden, große Volumina in Länder zu transferieren, in denen inländische politische Dynamiken Entwicklungsfortschritt blockieren. Die mit der Unterstützung solcher Länder verbundenen Ineffizienzen wurden bereits im Assessing-Aid-Report der Weltbank betont (Dollar und Pritchett 1998). Zugleich werden Anreize gewährt, sich für vertiefte Partnerschaften zu qualifizieren.

Ein wesentlicher Zweck der Beschränkung des Engagements in der dritten Stufe ist es sicherzustellen, dass genügend Ressourcen in die Bereiche fließen, in denen die höchsten Entwicklungserträge zu erwarten sind. Ohne komplementäre Reformen z.B. in den Bereichen Arbeitsmärkte, Regulierung und Investitionsklima haben selbst sorgfältig konzipierte Programme eine stark reduzierte Wirkung. In diesem Fall würden zum Beispiel selbst gut funktionierende Weiterbildungsprogramme nicht zu mehr Beschäftigung und bessere Infrastruktur nicht zu mehr Investitionen führen. Die Zuteilungen für Länder in der dritten Stufe sind deshalb bewusst niedriger angesetzt, weil die Entwicklungserträge ohne komplementäre Reformen weit niedriger sind, aber auch weil beschränktes Engagement Anreize für Regierungen bietet, sich für vertiefte Partnerschaften zu qualifizieren.

Die vierte Stufe, **Humanitarian Engagement**, gilt dort, wo politische Bedingungen oder institutionelles Versagen eine enge Partnerschaft unmöglich oder unverantwortlich machen. Kooperation basiert hier nicht auf Reformsignalen, sondern auf humanitären Verpflichtungen. Unterstützung erfolgt über multilaterale oder nichtstaatliche Kanäle unter strengen Do-no-harm-Prinzipien. Die vierte Stufe liegt außerhalb der Anreizstruktur von MIDC und sichert ein humanitäres Sicherheitsnetz, das

Bevölkerungen unabhängig vom Verhalten ihrer Regierung erreicht, wobei sichergestellt werden muss, dass problematisches Regierungshandeln nicht noch verstärkt wird. Stabilisieren sich Bedingungen oder entstehen Reformsignale, kann die Kooperation in strukturiertere Formen innerhalb des MIDC-Rahmens übergehen.

Auf- und Abstiege folgen klaren, vorab angekündigten Regeln. Regierungen, die reformbereiter werden, wird der Zugang zu zusätzlichen und langfristigeren Programmen gewährt. Der Aufstieg hängt von nachgewiesenem Reformfortschritt ab, nicht von geopolitischer Ausrichtung. Rückschritt führt zu einer vorhersehbaren Reduktion künftigen Engagements.

Überprüfungen der Einstufungen erfolgen in festen Zyklen und werden von multilateralen Instanzen unabhängig verifiziert. Um Entscheidungen bezüglich der Einstufung glaubwürdig zu machen, sollte ein Panel bei einer neutralen multilateralen Institution angesiedelt werden. Förderfähigkeit ist universell: Jede Regierung, die die vorgegebenen Standards erfüllt, kann sich unabhängig von geopolitischen Erwägungen qualifizieren. Das Panel wendet vereinbarte Kriterien an, empfiehlt Stufenzuordnungen und veröffentlicht jährliche Berichte. Ein vorher festgelegtes schlankes Set an Indikatoren, das institutionelle, makroökonomische und Ergebniskennzahlen enthält, stellt Vergleichbarkeit sicher. Alle Ergebnisse werden veröffentlicht, idealerweise in einem öffentlichen Dashboard, um die Öffentlichkeit in Geberländern davon zu überzeugen, dass objektive Kriterien bei der Einstufung angewendet werden, und Reformregierungen im Partnerland politische Rückendeckung zu geben.

Im Kern sind MIDC und die damit verbundene stufenbasierte Partnerschaft eine Weiterentwicklung früherer selektiver Ansätze wie Millennium Challenge Accounts (MDCs), Compact with Africa und bilaterale Reformpartnerschaften, wobei bestehende Schwächen wie Fragmentierung und Kurzfristigkeit behoben werden. Die nachfolgende Box zeigt einige Beispiele, die illustrieren, wie der Filter für beiderseitiges Interesse in der Praxis funktionieren kann.

Beispiele zur Anwendung des Filters für beiderseitiges Interesse

Die folgenden Beispiele illustrieren, wie der Filter in unterschiedlichen Partnerschaftsstufen angewandt wird.

1. Handelskorridore und Zollreformen (Stufe 1 – Comprehensive Reform Partnership): Ein Aid-for-Trade-Programm, das Häfen, Korridore und Zollsysteme ausbaut und modernisiert, kann hohen beiderseitigen Nutzen erzeugen. Es senkt Handelskosten, schafft Arbeitsplätze und erhöht Einnahmen im Partnerland, während es regionale Integration und Marktzugang für Unternehmen aus Geberländern verbessert. Solche Programme überwinden den Filter beiderseitigen Interesses Nutzens besonders Ländern der Stufe 1: der Nutzen für die Geber ist höher, weil Investitionen in die Infrastruktur eher zur Erschließung neuer Märkte und neuen Partnerschaften führen, wenn sie mit glaubwürdigen Reformen verbunden sind.

2. Berufliche Weiterbildung (Stufe 1 – Comprehensive Reform Partnership): Ein weiteres Beispiel, wo der Filter beiderseitigen Interesses eine Konzentration auf Länder der höchsten Stufe nahelegt, ist berufliche Weiterbildung. Berufsbildung kann hohe Erträge erzielen, wenn die erlangten Fähigkeiten zum wirtschaftlichen Rahmen passen, etwa wenn Arbeitsmärkte funktionieren, Unternehmen investieren und Übergänge in Beschäftigung oder Selbstständigkeit bestehen. In solch einem Umfeld kann Berufsbildung Produktivität und Beschäftigung erhöhen und auch den Gebern nützen, nicht zuletzt, indem es Alternativen zu irregulärer Migration schafft. Wo diese Bedingungen fehlen, übersetzen sich bessere Fähigkeiten oft nicht in Jobs oder höhere Produktivität, Entwicklungseffekte bleiben schwach und kurzfristig, geberseitiger Nutzen ist gering. Unter Ressourcenknappheit verdrängt eine Finanzierung der Weiterbildung dann wirksamere Verwendungen der Mittel.

3. Pandemievorbeugung (stufenübergreifender Fall): Ein regionales Programm zur Stärkung der Überwachung von Gesundheitssystemen nützt Partnerländern und Geberländern durch bessere Krankheitskontrolle und geringere Risiken wirtschaftlicher Schäden, mit möglichen zusätzlichen Reputationsgewinnen (vgl. Yamey et al. 2025). Solche Programme überwinden den Filter beiderseitigen Interesses auch in Stufe 3.

4. Geldtransfers mit dem Ziel, irreguläre Migration zu reduzieren (überwindet den Filter nicht): Ein eigenständiges Cash-Transfer-Programm, das ausdrücklich irreguläre Migration verhindern soll, wird den Filter voraussichtlich nicht überwinden, wenn die Evidenz nahelegt, dass es Mobilität eher erhöht oder lokale Effekte unklar bleiben. Dann ist beiderseitiger Nutzen nicht verlässlich nachweisbar. Das schließt allerdings nicht aus, dass Cash Transfers andere Zielsetzungen effektiv erreichen können.

MIDC lässt auch Programme der höchsten Stufe zu, deren geberseitiger Nutzen vorwiegend indirekt oder langfristig ist, etwa Investitionen in institutionelle Resilienz oder regionale Infrastruktur, sofern sie transparent begründet und entsprechend gerankt werden. Programme mit niedrigem oder negativem Entwicklungswert für Partnerländer, etwa gebundene EZ zu überhöhten Preisen oder symbolische diplomatische Projekte, scheitern typischerweise am Filter, selbst wenn sie kurzfristige Vorteile im Geberland versprechen.

2.5 Priorisieren unter Knappheit

In einer idealen Welt würden Geberländer ausreichende Ressourcen bereitstellen, um den Finanzierungsbedarf aller glaubwürdigen Reformpartner zu decken. In der Praxis erzwingen fiskalische Grenzen und politische Restriktionen jedoch Priorisierung. MIDC muss daher unter Knappheit operieren. Die Zuteilung begrenzter Mittel folgt

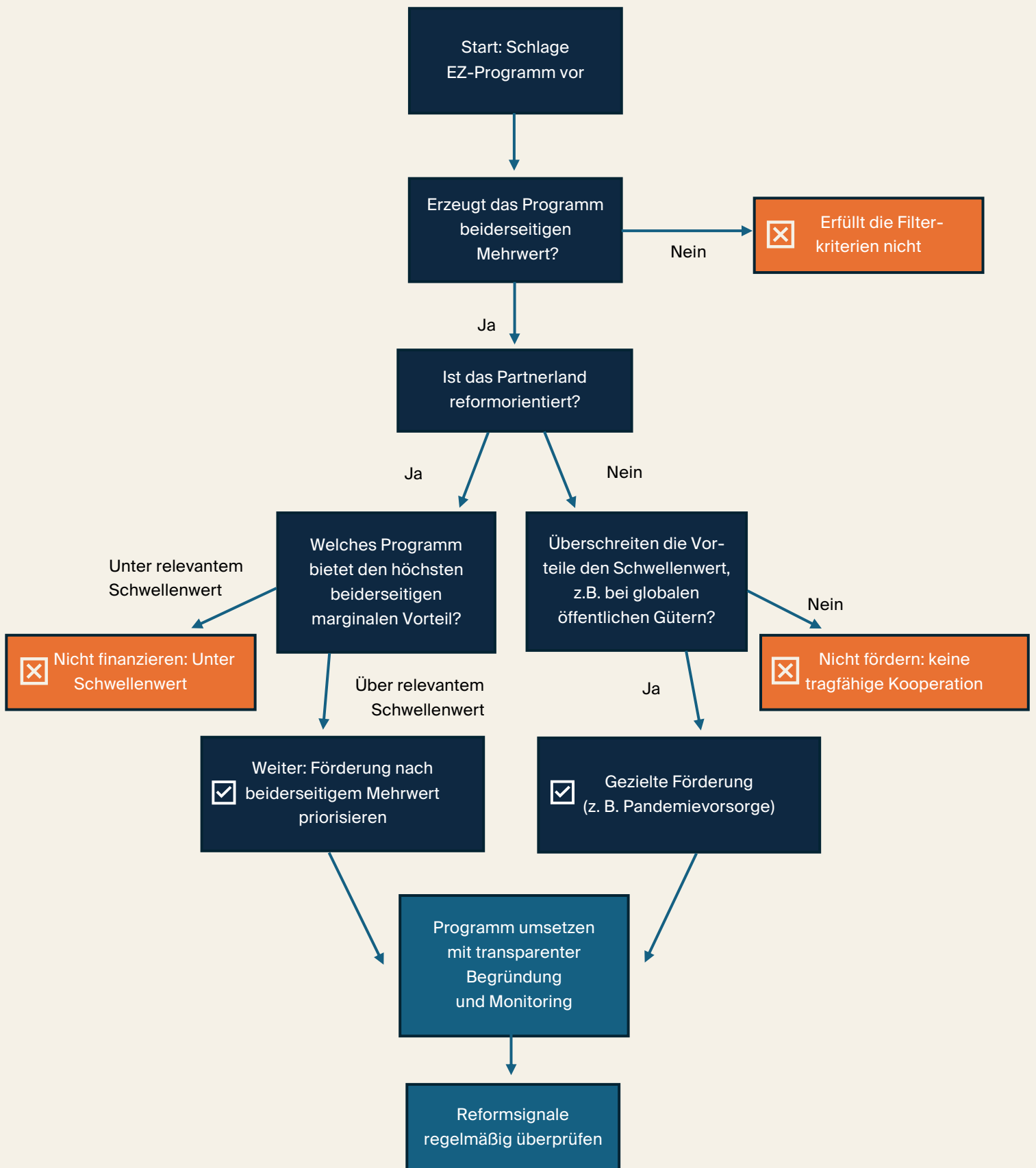
klaren Regeln, die Reformanreize erhalten, Entwicklungswirkungen maximieren und politisch tragfähig bleiben.

Unter Knappheit wird der Filter für gegenseitiges Interesse zur zentralen Zuteilungsregel. Konzessionäre Ressourcen fließen zuerst in Programme und Kontexte, in denen der beiderseitige Nutzen hoch und nachweisbar ist. Für umfassende, konzessionäre Zusammenarbeit ist Förderfähigkeit dabei fast immer an glaubwürdige Reformen gebunden, da Entwicklungserträge entscheidend von der inländischen Politik abhängen. Der konkrete Schwellenwert für Förderfähigkeit hängt von der Schärfe der Budgetrestriktion ab. MIDC trennt dabei bewusst zwei Fragen: ob Kooperation grundsätzlich gerechtfertigt ist und wie tief, langfristig und konzessionär sie ausgestaltet werden kann. Wo grenzüberschreitender Nutzen besonders groß ist, etwa bei der Pandemiekontrolle, kann beiderseitiger Nutzen Kooperation auch dort rechtfertigen, wo Reformen begrenzt sind. Der Unterschied liegt im Umfang: Gegenseitiges Interesse entscheidet, ob Kooperation sinnvoll ist, Reformorientierung bestimmt ihre Tiefe und Konzessionalität. Das nachfolgende Flussdiagramm verdeutlicht in stilisierter Form, wie Entscheidungen getroffen werden.

Unser Ansatz impliziert vier Prinzipien. Das erste Prinzip betrifft die Priorisierung der **Allokation zwischen Ländern**. Regierungen in Comprehensive Reform Partnerships und Targeted Reform Partnerships haben glaubwürdige Reformabsichten gezeigt und sollten grundsätzlich substanzielle Unterstützung erhalten. Reichen die verfügbaren Mittel nicht aus, werden sie dorthin geleitet, wo der marginale Beitrag zur strukturellen Transformation am höchsten ist. Dafür müssen Reformmomentum und das Potenzial für Entwicklungserträge gemeinsam betrachtet werden, weil beide bestimmen, wie stark konzessionäre Finanzierung Entwicklungsverläufe verändert. Die Logik ist einfach: Eine zusätzliche Einheit konzessionärer Finanzierung sollte dort eingesetzt werden, wo sie den Entwicklungspfad am stärksten verschiebt. So bleiben Reformanreize erhalten, weil Regierungen mit nachhaltigem Reformkurs Zugang zu tieferen und flexibleren Instrumenten erhalten. Mit wachsendem Einkommen und konsolidierten Reformen verschiebt sich die Finanzierung schrittweise von Zuschüssen hin zu konzessionären Krediten, Garantien und schließlich privatem Kapital. Dies ist eine Graduierung der Finanzierungsbedingungen, nicht ein Ausstieg aus der Zusammenarbeit. Knappes Zuschusskapital bleibt so dort konzentriert, wo es die größte Wirkung entfaltet.

Das zweite Prinzip betrifft die **Allokation innerhalb der Gruppe förderfähiger Reformländer**. Wenn mehrere Länder Reformschwellen überwinden, die verfügbaren Budgets aber nicht ausreichen, gilt eine transparente Regel: Vorrang erhalten jene Länder, in denen Kooperation den stärksten beiderseitigen Nutzen erzeugt, etwa durch Marktausweitung, höhere makroökonomische und politische Stabilität oder geringere Spillover-Risiken. Diese Regel greift ausschließlich innerhalb des Kreises reformorientierter Länder. Geopolitische Relevanz kann den beiderseitigen Nutzen erhöhen, sie kann fehlende Reformleistung jedoch nicht ersetzen. Um zu vermeiden, dass leistungsstarke, aber geopolitisch periphere Reformer verdrängt werden, ist die Bündelung von Ressourcen über mehrere Geberländer wichtig. Multilaterale Pooling-

Abbildung 1: Entscheidungsfindung mittels MIDC-Prinzipien



Mechanismen helfen, unterschiedliche regionale Interessen zusammenzuführen und Reformanreize weltweit aufrechtzuerhalten.

Das dritte Prinzip betrifft die **Rolle globaler öffentliche Güter in der Allokationsentscheidung**. Bereiche wie Pandemievorsorge und Klimaschutz erzeugen außergewöhnlich hohe grenzüberschreitende Erträge und müssen vor Konkurrenz mit bilateralen Länderzusagen geschützt werden. Um chronische Unterfinanzierung zu vermeiden und Glaubwürdigkeit zu sichern, verlangt MIDC einen klar abgegrenzten Anteil der Ressourcen für globale öffentliche Güter. So wird verhindert, dass entweder Reformpartnerschaften oder sehr lohnende Investitionen in globale Risikoreduktion verdrängt werden.

Das vierte Prinzip betrifft die **sektorale Allokation**. MIDC weist Mittel nach marginalen Erträgen zu und berücksichtigt, dass diese stark vom Reformkontext abhängen. Investitionen in Infrastruktur, Hochschulbildung oder Forschungskapazitäten entfalten ihre höchste Transformationswirkung typischerweise in fortgeschritteneren Reformumfeldern. Dagegen erzielen Primärgesundheit, Grundbildung oder grundlegende öffentliche Verwaltung häufig die größten Effekte in frühen Reformstadien. Berufsbildung etwa erzielt sehr unterschiedliche Erträge, je nachdem, ob funktionierende Arbeitsmärkte und ein glaubwürdiges Geschäftsumfeld eine produktive Nutzung der erworbenen Fähigkeiten ermöglichen. MIDC lenkt Mittel daher gezielt in jene Sektoren und Kontexte, in denen der erwartete beiderseitige Nutzen am höchsten ist.

Investitionen in menschliche Entwicklung verdienen besondere Aufmerksamkeit. Maßnahmen wie Malariakontrolle, Impfungen im Kindesalter, Müttergesundheit und Grundbildung erzeugen häufig sehr hohe langfristige Entwicklungserträge, während geberseitige Vorteile meist indirekt über künftiges Wachstum, höhere Stabilität und geringere Fragilität entstehen. Sie bestehen teils den Filter für beiderseitiges Interesse, weil sie substanzielle Vorteile für Partnerbevölkerungen und vorhersehbare langfristige Gewinne für Geberländer schaffen. MIDC trägt zudem unterschiedlichen Präferenzen von Geberländern Rechnung. Länder mit stärker altruistischer Ausrichtung können einen größeren Anteil konzessionärer Mittel in solche hochrentablen Bereiche lenken, sofern die Entwicklungswirkung nachweisbar groß ist. Investitionen in menschliche Entwicklung in nicht reformorientierten Ländern wären hingegen eher analog zu humanitärer Unterstützung zu behandeln und fielen nicht unter die MIDC-Logik.

Insgesamt stellen diese Regeln sicher, dass knappe konzessionäre Ressourcen dort eingesetzt werden, wo sie die größte Entwicklungswirkung entfalten, glaubwürdige Reformanreize stärken und zentrale globale öffentliche Güter schützen. Dies kann bedeuten, dass einzelne Reformländer weniger Unterstützung erhalten, als ihr inländischer Reformfortschritt allein nahelegen würde. Die Regeln sind jedoch transparent, vorhersehbar und politisch gut begründbar. Ohne solche Regeln würden begrenzte Mittel erneut gemäß kurzfristigen politischen Erwägungen oder historischen

Bindungen verteilt. Das würde Fairness untergraben, Anreize verzerren und die Glaubwürdigkeit der Entwicklungszusammenarbeit schwächen.

2.6 Operative Säulen

MIDC funktioniert nur, wenn seine Prinzipien in der alltäglichen Regierungspraxis umgesetzt werden können. Vier praktische Säulen machen dies möglich. Es handelt sich um Regelungen für die Umsetzung, nicht um eine neue Bürokratie.

Erstens braucht es Klarheit über den Zweck. MIDC versteht EZ als temporären Katalysator für selbsttragendes Wachstum, nicht als dauerhaften Transfer. Klarheit des Zwecks wird durch den Filter für gegenseitiges Interesse gestützt, der definiert, was als sinnvolle Kooperation gilt und Aktivitäten mit schwachem beiderseitigem Nutzen aussortiert. Reformländer erhalten Zugang zu tieferer und vorhersehbarer Kooperation, während konzessionäre Ressourcen dort konzentriert bleiben, wo sie die höchsten Entwicklungserträge erzielen.

Zweitens braucht es politischen Realismus. Entwicklungsergebnisse und die Effektivität externer Mittel hängen von inländischen politischen Entscheidungen ab. MIDC vertieft Kooperation dort, wo Reformanreize zusammenpassen, und verengt sie dort, wo dies nicht der Fall ist, auf hochrentable Interventionen. Das verhindert Programme, die leise scheitern, weil sie die politische Ökonomie im Partnerland ignorieren.

Drittens braucht es Vorhersehbarkeit und Fairness. MIDC ersetzt diskretionäre Zuteilung durch klare Regeln, die die Tiefe der Kooperation an verifizierte Reformleistung knüpfen. Reformregierungen können planen, weil Stufenstatus und Finanzierungsbedingungen nur zu angekündigten Review-Zeitpunkten und als Reaktion auf beobachtbare Signale angepasst werden. Jene Vorhersehbarkeit gilt auch für starke Reduktionen der Mittel oder den Rückzug aus Partnerländern, die sich zurückentwickeln: Sie sind notwendiger Teil des Angebots, das MIDC den Partnerländern bietet und damit ex ante planbar, um eine Anreizwirkung zu liefern.

Viertens braucht es glaubwürdige Umsetzung. In reformorientierten Kontexten übernehmen die Regierungen der Partnerländer die Führungsrolle. In fragilen Umfeldern oder dort, wo Eliten wenig Interesse an Reformen haben, übernehmen multilaterale Akteure und die Zivilgesellschaft die Umsetzung, um Integrität zu schützen und Bevölkerungen direkt zu erreichen. Überall ist Transparenz unverzichtbar. Ausgaben, Ergebnisse und geberseitige Begründungen werden in zugänglicher Form veröffentlicht, sodass Bürgerinnen und Bürger in Partnerländern und Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in Geberländern sehen können, wofür Mittel eingesetzt werden und was sie erreichen.

2.7 Finanzierung

Um effektiv zu sein, muss MIDC eine vorhersehbare und regelbasierte Finanzierung bieten. Ohne sie können Reformkräfte nicht planen, und Geberländer fallen in

volatile, fragmentierte Allokationsmuster zurück. MIDC ist als Politikrahmen konzipiert, den auch einzelne Geberländer in ihren jeweiligen EZ-Systemen übernehmen können. Seine Anreizwirkung und politische Glaubwürdigkeit sind jedoch am stärksten, wenn gleichgesinnte Geberländer Ressourcen bündeln und den Rahmen gemeinsam anwenden.

Der Mutual Interest Fund

Der Mutual Interest Fund bildet das finanzielle Rückgrat von MIDC. Er übersetzt beiderseitiges Interesse in einen gebündelten, regelbasierten Mechanismus, der ausreichende Ressourcen mobilisieren kann, um Anreize zu Reformen zu setzen und diese wirksam zu unterstützen. Geberländer leisten Beiträge zum Fund nicht allein aus Altruismus, sondern weil die Bündelung auch die Mittel anderer Länder auf Programme mit dem höchsten beiderseitigen Nutzen lenkt und so Geberländer von den gegenseitigen Beiträgen profitieren. Bündelung löst zudem ein Koordinationsproblem: Einzelne Geberländer würden vermutlich Reformkräfte außerhalb ihres regionalen oder politischen Fokus nicht ausreichend finanzieren. Gemeinsam können Geberländer hingegen ein breiteres Spektrum reformorientierter Partnerländer unterstützen und somit global einen größeren Hebel generieren. Für Reformregierungen bietet der Fonds einen zentralen Vorteil, den bilaterale EZ nur selten bieten kann: vorhersehbare, mehrjährige Unterstützung über politische Zyklen hinweg. Für Geberländer ist der Fonds politisch gut zu verteidigen, weil Mittel nach transparenten Regeln vergeben werden, Reformleistung sichtbar belohnt wird und Allokationsentscheidungen weniger von kurzfristigen politischen Prioritäten abhängen.

Der Fonds finanziert EZ nach der MIDC-Logik. Er unterstützt institutionelle Reformen, langfristige Investitionen sowie den Aufbau staatlicher Fähigkeiten, einschließlich Investitionen in menschliche Entwicklung. Humanitäre Unterstützung ist davon klar getrennt. Sie wird nicht über den Fonds finanziert, und dessen Mittel werden nicht für humanitäre Krisen umgewidmet. Zugleich ergänzt der Fonds bestehende multilaterale Mechanismen für globale öffentliche Güter sowie neue Koalitionsansätze, wie sie Edenhofer et al. (2025) diskutieren.

In **Comprehensive Reform Partnerships** (Stufe 1) kommen mehrjährige Zuschüsse, konzessionäre Kredite und Garantien für Infrastruktur und institutionelle Modernisierung zum Einsatz. Wo möglich, wird dies durch Blended Finance ergänzt, sodass privates Kapital schrittweise übernehmen kann. Vorhersehbare Finanzierung über einen Zeitraum von mindestens zehn Jahren ermöglicht die Konsolidierung von Reformen und Investitionen mit langen Zeithorizonten. Mit vertieften Reformen und steigenden Einkommen nimmt der Grad der Konzessionalität ab. Wenn sich Länder weiterentwickeln, verändern sich somit die finanziellen Bedingungen, aber sie fallen nicht aus der Partnerschaft selbst heraus.

In **Targeted Reform Partnerships** (Stufe 2) kombiniert die Finanzierung kurzfristigere Zuschüsse und konzessionäre Kredite mit technischer Unterstützung und Teilgarantien. Die Unterstützung ist an spezifische, verifizierbare Ergebnisse geknüpft, etwa höhere Steuereinnahmen, Regulierungsreformen oder Fortschritte bei der

Energiewende. Rollierende Rahmen über drei bis fünf Jahre schaffen Flexibilität, ohne offene Verpflichtungen einzugehen. Gezielte Investitionen in Statistik, öffentliches Finanzmanagement und Monitoring können Teil der Kooperation sein. So wird der Aufbau der Kapazitäten, die für MIDC erforderlich sind, selbst zum Gegenstand der Zusammenarbeit und nicht zu einer Vorbedingung, die Länder eigenständig erfüllen müssen.

In **Limited Engagement Contexts** (Stufe 3) verengt sich das Instrumentarium auf kleine, klar abgegrenzte Zuschüsse zur Bewältigung gemeinsamer Risiken, etwa in der regionalen Krankheitsüberwachung oder der Klimaanpassung. Großvolumige Projekte sind ausgeschlossen, sofern sie nicht unmittelbar Risiken im kurzen bis mittleren Zeithorizont reduzieren oder außergewöhnlich hohe Erträge erwarten lassen. Ein gesondertes, eng begrenztes Finanzierungsinstrument kann sehr bedürftige Kontexte adressieren, um grundlegende staatliche Kapazitäten aufzubauen, die später einen Übergang in Richtung engerer Reformpartnerschaften ermöglichen.

Globale öffentliche Güter sind besonders anfällig für Trittbrettfahrerverhalten und sollten daher idealerweise über multilaterale Institutionen finanziert werden. Dazu zählen etablierte Mechanismen in der globalen Gesundheitspolitik und der Klimafinanzierung ebenso wie neue Initiativen wie die Framework for Financial Incentives der Weltbank. Wenn zentrale Akteure multilaterale Foren verlassen, können kleinere Koalitionen dennoch globale öffentliche Güter bereitstellen. Edenhofer et al. (2025) zeigen am Beispiel der Klimafinanzierung, dass solche Koalitionen selbstdurchsetzend sein können, das heißt dass es im Eigeninteresse von Staaten ist Koalitionen zu bilden. Daraus folgt, dass die Finanzierung globaler öffentlicher Güter nicht davon abhängt, dass alle beteiligten Länder MIDC anwenden.

Humanitäres Engagement basiert vollständig auf Zuschüssen und wird über multilaterale Akteure oder geprüfte NGOs umgesetzt. Diese Finanzierung ist reformunabhängig und wird durch Do-no-harm-Regeln abgesichert, um zu verhindern, dass Regime mit schwacher Regierungsführung gestärkt werden. Der Mutual Interest Fund wird für humanitäre Zwecke ausdrücklich nicht genutzt.

Eine eng verwandte Sonderkategorie ist der Wiederaufbau nach Konflikten. Postkonflikt-Unterstützung kann klaren beiderseitigen Nutzen haben, etwa durch die Vermeidung erneuter Gewalt, Stabilisierung regionalen Handels und das Management von Fluchtbewegungen (vgl. Heidland et al. 2025). Anders als akute Nothilfe muss sie fiskalische Institutionen, Infrastruktur und Verwaltungskapazität wiederaufbauen. MIDC behandelt solche Umfelder als Übergangsfälle und unterstützt den Wechsel von humanitärem Engagement zu Targeted Reform Partnerships.

Um zu verhindern, dass MIDC in eine rein strategische oder kommerziell getriebene Richtung abdriftet, gelten klare Grenzen und Transparenzregeln. Ein eigener begrenzter finanzieller Topf kann für Fälle reserviert werden, die vorgegebene Standards erfüllen, aber wenig strategisches Gewicht haben, etwa kleine Reformländer.

Alle Allokationen werden mit einer kurzen Begründung der Art des Nutzens für das Geberland und des Entwicklungsbeitrags veröffentlicht. Transparenz wird damit zum

zentralen Umsetzungsmechanismus. Die Öffentlichkeit in den Geberländern wird darüber informiert, dass MIDC-Prinzipien bei der Finanzierung eingehalten werden, und der Öffentlichkeit in den Partnerländern erhält Einblick in die Prinzipien der Zusammenarbeit und die Reformanreize für ihre Regierungen.

2.8 Zusätzliche Anreize

Um Reformanreize und beiderseitigen Nutzen zu stärken und privates Kapital zu mobilisieren, wird der MIDC-Stufenstatus jährlich veröffentlicht. Länder in höheren Stufen profitieren so von niedrigeren Risikoprämien, längeren Laufzeiten und vereinfachten Verfahren. Wird ein Land herabgestuft, wird die künftige MIDC-Finanzierung automatisch weniger konzessionär, etwa durch höhere Zinsen oder geringere Zuschussanteile, und der Zugang zu Garantien wird eingeschränkt. Da Änderungen nur für neue Zusagen innerhalb eines bekannten Regelwerks gelten, vermeidet dieser Mechanismus diskretionäre Stopps und rückwirkende Sanktionen. Er übersetzt institutionellen Fortschritt in greifbare Vorteile bei den Kapitalkosten und verstärkt Reformanreize über privatwirtschaftliche Kanäle.

Um Ownership zu stärken, könnte MIDC zudem von einer Reformdividende profitieren. Dabei handelt es sich um einen performance-abhängigen Zuschlag, der Regierungen für die Erreichung verifizierter Meilensteine im Bereich politischer oder institutioneller Reformen belohnt. Die Logik ist politökonomisch: Reformkosten fallen sofort an, Entwicklungsgewinne entstehen langsam. Eine sichtbare, relativ schnelle Auszahlung macht Reformen frühzeitig politisch lohnender und erhöht die Haltbarkeit von Reformkoalitionen. Aufbauend auf ergebnisbasierter Finanzierung, etwa Program-for-Results-Financing der Weltbank oder Mechanismen von Gavi, würden teilnehmende Länder zusätzliche Auszahlungen erhalten, sobald vereinbarte Reformen unabhängig bestätigt sind.

Angesichts der Verifikations- und Treuhandanforderungen sollte dieser Mechanismus zunächst auf Stufe 1 begrenzt sein, wo Systeme und Transparenzstandards glaubwürdige Messung und zeitnahe Auszahlungen erlauben. Für Stufe 2 bleibt der zentrale Anreiz die Aussicht, zu Stufe 1 zu graduieren, was größere und vorhersehbarere Rahmensezusagen nach sich zieht. Erfahrungen mit ergebnisbasierten Instrumenten legen nahe, dass die Wirksamkeit von klar definierten Indikatoren, unabhängiger Verifikation und Dividenden abhängt, die groß und schnell genug auszahlbar sind, um politisch relevant zu sein.

2.9 Globaler Kontext

In der heutigen multipolaren Welt ist EZ zunehmend ein Feld konkurrierender Angebote und kaum koordinierter Anstrengungen. Akteure wie China, Russland und die Golfstaaten verbinden EZ, Handel, Investitionen und Sicherheitskooperation zur Verfolgung strategischer Ziele, während westliche Geberländer fiskalische Grenzen und sinkende öffentliche Unterstützung erleben. MIDC zielt nicht darauf ab, den alten

Konsens wiederherzustellen, sondern passt sich dieser Realität an. Wettbewerb wird zum leitenden Prinzip: Die Kooperation muss attraktiv genug sein, um politisch zu überleben und beiderseitigen Nutzen zu liefern.

Das erfordert anzuerkennen, dass EZ kein Monopol der OECD-Geberländer ist. Vielen Partnerländern bieten sich verschiedene Optionen und sie bewerten Angebote nach Kriterien wie Vorhersehbarkeit, Finanzierungsbedingungen und Respekt gegenüber inländischen Prioritäten. Mit vielen Konditionen versehene oder fragmentierte Angebote verlieren in diesem Umfeld an Attraktivität. Ein transparentes, regelbasiertes Angebot, das Vorteile an verifizierte Reformsignale statt an reines Geberermessen knüpft, kann daher ein Wettbewerbsvorteil sein. MIDC positioniert gleichgesinnte Geberländer als Partner, die glaubwürdige Reformen belohnen und stabile, langfristige Zusammenarbeit anbieten, statt nur kurzfristig transaktional zu handeln. Für Geberländer bedeutet das auch, Erfolg neu zu definieren. Ziel ist nicht, Wettbewerber zu überbieten, sondern eine glaubwürdigere und anreizkompatiblere Alternative zu bieten.

Der Wettbewerb schafft nicht nur Druck, sondern bietet auch Chancen. Wenn Partnerländer Kooperation als Weg zu langfristigen Investitionen und Integration in globale Wertschöpfungsketten sehen, kann dies inländische Reformen beschleunigen. MIDC bietet vorhersehbaren Zugang zu Finanzierung, Garantien und technischer Unterstützung und hilft so, Reformsignale in wirtschaftliche Ergebnisse zu übersetzen.

Einige Partner könnten die Logik gegenseitigen Interesses als transaktional oder ausschließlich wahrnehmen, insbesondere dort, wo Reformen politisch kostspielig sind oder geberseitige Vorteile zu dominieren scheinen. Um dies zu verhindern, bietet MIDC Unterstützung an, die Ländern hilft, sich für engere Kooperationsformen zu qualifizieren, und nutzt ein transparentes Allokationssystem, das politisch motivierte Ausgaben begrenzt. Diese Eigenschaften helfen MIDC, auch in umkämpften Umfeldern glaubwürdig zu bleiben. Anstatt geopolitischen Rivalen nachzulaufen und dadurch teils die eigenen Mittel nicht optimal zu nutzen, bietet MIDC ein selbstbewussteres Auftreten und eine größere Fokussierung auf die Stärken der eigenen Angebote.

Kapitel 3: Zusammenfassung der Kernbotschaften

Mutual Interest Development Cooperation bietet eine Antwort auf die beiden Hauptgründe, warum Entwicklungspolitik in eine Krise geraten ist: das Ausbleiben struktureller Transformation in vielen Partnerländern und der Verlust politischer Unterstützung in Geberländern. Das Modell setzt bei einer einfachen Prämisse an: Kooperation wird nur dann dauerhaft tragfähig, wenn sie sichtbare, verifizierbare Gewinne für beide Seiten erzeugt. Der Filter für gegenseitiges Interesse garantiert dies, indem er

verlangt, dass jedes Programm einen substanziellen Entwicklungswert für die Bevölkerung im Partnerland und klare Vorteile für die Geberländer nachweist. Aktivitäten, die solchen beiderseitigen Nutzen nicht erzeugen, sollten nicht durchgeführt werden, weil das Geld anderswo einen größeren Mehrwert bietet.

MIDC definiert neu, wie Kooperation strukturiert wird. Ein gestuftes Partnerschaftssystem koppelt die Tiefe und die Form der Zusammenarbeit an verifizierte Reformorientierung. An die Stelle häufig diskretionärer Konditionalität treten Partnerschaftsstufen, in die Regierungen freiwillig eintreten. Ein Wechsel zwischen den Stufen erfolgt nach transparenten Kriterien. Der Zweck der Kooperation ist ausdrücklich, Reformen zu unterstützen, die es Ländern ermöglichen, der Entwicklungszusammenarbeit zu entwachsen. Diese langfristige Perspektive ist im beiderseitigen Interesse, weil erfolgreiche Reformländer wohlhabender und resilienter sind und mit hoher Wahrscheinlichkeit auch verlässlichere wirtschaftliche und politische Partner.

Gleichzeitig schützt MIDC jene Arten von Kooperation, die große grenzüberschreitende Vorteile bieten. Ausgaben für globale öffentliche Güter wie Pandemievorsorge bleiben priorisiert. Sie sind keine Ausnahmen von der Logik gegenseitigen Interesses, sondern stellen vielmehr ideale Beispiele dar, denn nur wenige Investitionen versprechen einen klareren beiderseitigen Nutzen.

Finanzmittel sollen unter MIDC nach der marginalen Wirkung zugeteilt werden. Konzessionäre Finanzierung fließt in Kontexte und Sektoren, in denen sie Entwicklungspfade am wirksamsten verändern kann und, mit Ausnahme globaler öffentlicher Güter oder humanitärer Unterstützung, vor allem in Staaten, die Mindestanforderungen an Reformleistung erfüllen. Wenn mehrere Reformländer die Kriterien erfüllen, die Budgets aber nicht reichen, erhalten jene Vorrang, in denen Kooperation den stärksten beiderseitigen Nutzen erzeugt, nicht jene, die lediglich geopolitisches Gewicht haben. Das wahrt Fairness, vermeidet Intransparenz und hält Anreize Reformen zu unternehmen über Weltregionen hinweg intakt. Multilaterale Bündelung stärkt diese Anreize zusätzlich, indem sie unterschiedliche strategische Interessen von Geberländern zusammenführt.

MIDC ist mit humanitären Verpflichtungen vereinbar, indem es ein humanitäres Sicherheitsnetz bereitstellt, das außerhalb seiner Anreizstruktur liegt. So wird sichergestellt, dass essenzielle lebensrettende Unterstützung unabhängig vom Verhalten von Regierungen fortgeführt wird, während MIDC den übrigen Teil der Entwicklungszusammenarbeit regelbasiert, transparent und politisch gut begründbar steuert.

Zusammen definieren diese Elemente ein Kooperationssystem, das anreizkompatibel, wirkungsorientiert und politisch nachhaltig ist. MIDC stärkt Reformpfade, schützt globale öffentliche Güter und gibt Geberländern eine glaubwürdige und kohärente Strategie für langfristiges Engagement in einer zunehmend fragmentierten Welt.

References

- Bau, N. and Dietrich, S. (2025) "What geopolitical returns does ODA bring?" *Kiel Working Papers* No. 2305.
- Bruder, M., Gödderz, A., Schneider, S., and Zille, H. (2024) "Opinion Monitor for Development Policy 2024: Public Support and Criticism in the Context of Multiple Crises and New Guiding Principles." Bonn: Deutsches Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit (DEval). <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-102910-5>
- Burnside, C., and Dollar, D. (2000) "Aid, Policies, and Growth." *American Economic Review*, 90(4), 847-868.
- Dercon, S. (2025) "Rethinking Aid in a Contested World." *Kiel Working Papers* No. 2301.
- Dercon, S. (2022) *Gambling on Development: Why Some Countries Win and Others Lose*. London: C Hurst & Co Publishers Ltd.
- Development Engagement Lab (2025) DEL Dashboard – June 2025 (Dashboard #16). <https://developmentengagementlab.org/insights/dashboards/>
- Dollar, D., and Pritchett, L. (1998) "Assessing aid – what works, what doesn't, and why (English)." World Bank policy research report Washington, D.C.: The World Bank. <http://documents.worldbank.org/curated/en/612481468764422935>
- Dreher, A. (2025) "When aid misses the target: competing objectives, new classifications, and smarter delivery." *World Development*, 196, 107159.
- Edenhofer, O., Kalkuhl, M., and Stern, L. (2025) "How to scale up effective international climate finance by the EU? Tax coalitions and jurisdictional reward funds for the case of fossil fuel." *Kiel Working Papers* No. 2296.
- FAO, IFAD, UNICEF, WFP, and WHO (2024) "The State of Food Security and Nutrition in the World 2024 – Financing to end hunger, food insecurity and malnutrition in all its forms." Rome. <https://openknowledge.fao.org/items/ebe19244-9611-443c-a2a6-25cec697b361><https://openknowledge.fao.org/items/ebe19244-9611-443c-a2a6-25cec697b361>
- Heidland, T., Michael, M., Schularick, M. and Thiele, R. (2025) "Identifying Mutual Interests: How Donor Countries Benefit from Foreign Aid." *Kiel Working Papers* No. 2291.
- Kim, S.E., Hee Park, J.P., Rhee, I., and Yang, J. (2025) "What do aid recipients want? Public attitudes toward foreign aid in developing countries." *World Development*, 186, 106815.
- Rajan, R., and Subramanian, A. (2008) "Aid and Growth: What Does the Cross-Country Evidence Really Show?" *Review of Economics and Statistics*, 90(4), 643-665.
- UNESCO (2024) "Progress on girls' access to education: What the new UNESCO data reveals." <https://www.unesco.org/en/articles/progress-girls-access-education-what-new-unesco-data-reveals>
- Wantchekon, L. (2026) "Rethinking Foreign Aid: Driving Local Innovation, R&D, and Capacity Building." Mimeo.
- Yamey, G., Bharali, I., and Ogbuoji, O. (2025) "Can Development Assistance for Health Mutually Benefit Donors and Recipient Countries?" *Kiel Working Papers* No. 2306.

Impressum

Kiel Institut für Weltwirtschaft

Standort Kiel

Kiellinie 66, 24105 Kiel

Telefon + 49 431 8814-1

info@kielinstitut.de

Standort Berlin

Chausseestraße 111, 10115 Berlin

Telefon +49 30 30830637-5

berlin@kielinstitut.de

Das **Kiel Institut für Weltwirtschaft – Leibniz Zentrum zur Erforschung globaler ökonomischer Herausforderungen** ist eine rechtlich selbständige Stiftung des öffentlichen Rechts des Landes Schleswig-Holstein.

Das Institut wird vertreten durch den Vorstand:

Prof. Dr. Moritz Schularick, Präsident,
Geschäftsführender Wissenschaftlicher
Direktor

Michael Doberschütz, Geschäfts-
führender Administrativer Direktor
(m.d.W.d.G.b.)

Prof. Dr. Christoph Trebesch, Vize
Präsident

Zuständige Aufsichtsbehörde

Ministerium für Allgemeine und Beruf-
liche Bildung, Wissenschaft, Forschung
und Kultur des Landes Schleswig-
Holstein

Jensendamm 5, 24103 Kiel

Umsatzsteuer ID

DE 251899169

© 2026 Kiel Institut für Weltwirtschaft.
Alle Rechte reserviert.

[Kielinstitut.de/publikationen](https://kielinstitut.de/publikationen)

